

Pressekonferenz, 30. August 2017

# **Generationengerechte Rentenpolitik?**

**Gewinner und Verlierer aktueller Rentenvorschläge**

## **Statement**

**Hubertus Pellengahr**  
Geschäftsführer  
Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM)

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Damen und Herren,

meine erste Botschaft unserer heutigen Pressekonferenz wird Sie vielleicht überraschen. Sie lautet: Die Rente ist sicher! Jedenfalls bis zum Jahr 2030 und auch nur dann, wenn die Rentenformel, nach deren Maßgabe die Renten heute berechnet werden, nicht manipuliert wird. Denn laut Gesetz darf bis zum Jahr 2030 der Beitragssatz nicht über 22 Prozent steigen und das Rentenniveau nicht unter 43 Prozent sinken. Das werden wir mit der heute gültigen Rentenformel aller Voraussicht nach schaffen, wenn wir unsere Wirtschaft stark erhalten!

Deshalb blicken wir mit Sorge auf das, was sich in den Wahlprogrammen der Parteien findet, bzw. auch nicht findet. Bereits in dieser Legislaturperiode wurde die Nachhaltigkeit der Rentenversicherung auf eine harte Probe gestellt. Gestern wurde hier im Haus der Bundespressekonferenz von der Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen der Preis für das ungerechteste Gesetz dieser Legislaturperiode verliehen: Er ging symbolisch an das Gesetz der „Rente mit 63“. Einzig und allein der guten Beschäftigungslage ist es zu verdanken, dass trotz der Rente mit 63 und der Mütterrente I die Rentenziele gerade so eingehalten werden können. Dennoch war das Rentenpaket ein großer Fehler. Vor allem die Rente mit 63 hat deutliche Spuren am Arbeitsmarkt hinterlassen. Die Rente mit 63 und die Mütterrente sind klassische Beispiele, wie kurzfristig Politik agieren kann. Statt die langfristige Akzeptanz und Finanzierbarkeit der Sozialversicherung im Blick zu haben, verteilt sie Geschenke. Dies gilt umso mehr in Wahljahren.

Wie soll es in der nächsten Legislaturperiode werden? Das Rentenniveau soll laut SPD-Wahlprogramm nicht unter die Schwelle von 48 Prozent sinken – was ungefähr dem heutigen Niveau entspräche. Gleichzeitig soll der Beitragssatz aber auch nicht über die Marke von 22 Prozent steigen. Dieser Beitragssatz wird aber nicht einmal kurzfristig reichen, um ein Rentenniveau von 48 Prozent zu finanzieren. Kurz gesagt: Die Rentenversicherung soll mehr leisten, die Beitragszahler aber nicht belastet werden. Fragt sich, wo das Geld eigentlich her kommen soll. Denn eins ist klar: Wer die Ausgaben der Rentenversicherung erhöht, muss an anderer Stelle auch die Einnahmen erhöhen. Das SPD-Konzept sieht hierfür den Steuerzahler in der Pflicht. Es ist also am Ende nichts anderes als eine große Augenwischerei, die – wie wir gleich sehen werden – unsere Kinder und vor allem noch ungeborenen Kinder belasten wird. Die Rechnung, dass alle profitieren, wie uns die SPD vermitteln will, geht nicht auf.

Aber auch die CSU gibt sich mit den Rentengeschenken der noch aktuellen Legislaturperiode nicht zufrieden und plant eine Ausweitung der Mütterrente. Mütter, deren Kinder vor 1992 geboren wurden, sollen einen weiteren, dritten Rentenpunkt für die Erziehungszeit ihrer Kinder angerechnet bekommen und damit genauso viel, wie die Mütter deren Kinder nach 1992 geboren wurden. Das erscheint nur auf den ersten Blick gerecht. Aber der dritte Rentenpunkt wurde eingeführt mit dem Ziel die Geburtenrate zu erhöhen. Nachträglich kann aber nicht einmal ein CSU-Politiker eine Geburtenrate erhöhen. Es geht daher auch nicht um eine nachträgliche Erhöhung der Geburtenrate, sondern um eine Erhöhung künftiger Wählerstimmen.

Wir wollten wissen, wer sind die Gewinner und Verlierer von den Plänen der CSU und der SPD. Falls Sie sich fragen sollten, warum die Pläne der CDU nicht zum Untersuchungsgegenstand gehören: Die CDU fordert lediglich die Einberufung einer Rentenkommission. Da lässt sich schlicht nichts berechnen.

Das Fazit der Studie ist eindeutig: Gemessen am Maßstab der Generationengerechtigkeit verfehlen die Mütterrente als auch die doppelte Haltelinie das Ziel einer gerechten Rentenpolitik.

Die CSU-Mütterrente kostet insgesamt 171 Mrd. Euro. Gewinner wären alle Jahrgänge bis 1964. Sie erhalten im Durchschnitt gut 4.000 Euro an zusätzlichen Leistungen, wobei der Jahrgang 1953 mit 7.900 Euro am stärksten profitiert. Die Verlierer dieser Maßnahme sind die Geburtenjahrgänge 1965 und jünger. Für diese Altersgruppe ergibt sich ein durchschnittlicher Verlust von ca. 2.000 Euro. Die Mehrbelastung für die im Jahr 2015 geborenen Kinder durch die Mütterrente beträgt rund 600 Euro.

Noch viel deutlicher verfehlt wird das Ziel der Generationengerechtigkeit im Falle der SPD-Rente. Die großen Gewinner wären wie schon bei der Rente mit 63 die geburtenstarken Jahrgänge. Für diese summiert sich der finanzielle Vorteil über ihr verbleibendes Leben im Durchschnitt auf einen Betrag zwischen 25.000 und 30.000 Euro. Grund zum Jubel hätte vor allem der Jahrgang 1964, mit einem Plus von 30.700 Euro.

Für die Zahler wären die Folgen gravierend: Für ein im Jahr 2015 geborenes Kind ergibt sich eine Mehrbelastung von 15.000 Euro. Der Löwenanteil von etwa 1.100 Mrd. Euro entfällt auf die noch ungeborenen. Insgesamt kostet die „Doppelte Haltelinie“ der SPD 1.245 Milliarden Euro! Dabei hatte Andrea Nahles in der Rolle als Arbeitsministerin im November noch gefordert, die Rentenpolitik müsste mindestens das Jahr 2045 ins Auge fassen. Als SPD-Mitglied hat sie der Arbeitsministerin offensichtlich nicht richtig zugehört.

Die Studie zeigt klar: Die Verlierer sind exakt diejenigen, die keine Stimme haben und sich an der Wahlurne nicht wehren können. Das ist kein Zufall und schadet nicht nur der gesellschaftlichen Akzeptanz der gesetzlichen Rentenversicherung sondern auch der Demokratie. Überdies ist die SPD Rente nicht einmal dazu geeignet, Altersarmut treffsicher zu reduzieren. Altersarm sind typischerweise Menschen, die überhaupt keine Rente erhalten, weil sie entweder nicht versichert waren oder in ihrem Leben nur kurz gearbeitet haben. Eine Anhebung des Rentenniveaus läuft daher ins Leere.

Richtig wäre genau das Gegenteil von dem, was die CSU und die SPD vorschlagen. Wie gesagt: Bis 2030 ist die Rente in der heutigen Form sicher. Deshalb brauchen wir jetzt eine Politik mit Weitsicht, die die Folgen des demografischen Wandels nach 2030 abfedert und die Kosten gerecht zwischen den Generationen verteilt. Daher fordern wir:

- Die Rente mit 63 abzuschaffen
- Die Mütterrente nicht auszuweiten
- Statt einer doppelten Haltelinie muss das Renteneintrittsalter weiter steigen. Wir schlagen vor, das gesetzliche Renteneintrittsalter im Verhältnis 2 zu 1 an die Lebenserwartung zu koppeln. So bliebe der Beitragssatz bis 2060 stabil bei etwa 22 Prozent, und das Rentenniveau läge etwa ein Prozentpunkt höher als nach der heutigen Regelung.

Darüber hinaus müssen wir weiter dafür sorgen, dass die Beschäftigung hoch bleibt oder noch besser: weiter ansteigt. Je mehr Leute in Arbeit sind, desto mehr werden die Sozialkassen entlastet und umso geringer ist die Gefahr von Altersarmut. Eine gute Arbeitsmarktpolitik ist die beste Sozialpolitik.

Nun aber wird Ihnen Herr Dr. Ehrentraut, den ich hiermit recht herzlich begrüße, weitere Details der Studie vorstellen. Herr Dr. Ehrentraut hat die Studie erstellt, ist Vize-Direktor bei Prognos und Leiter des Bereichs volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Grundsatzfragen.